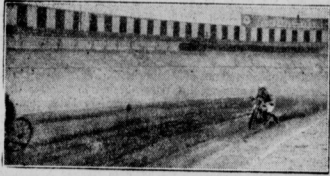


Volks-Zeitung



Diri Tra. auf der Olympiade

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
BERLIN REGENERISCH

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Die neue Kabardoch-Festsperre in Sachsen

Mehrheit für alle Young-Gesetze

Zentrum stimmt mit / Bayerische Volkspartei enthält sich / 18 Stimmen Mehrheit für Polen-Abkommen

Der Reichstag beendete gestern die zweite Lesung des Gesetzes über die Haager Vereinbarungen und der damit im Zusammenhang stehenden Vorlagen. Artikel 1 des Gesetzes wurde in namentlicher Abstimmung bei 462 abgegebenen Stimmen mit 263 gegen 174 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, die Christlichsozialen, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten. Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Bauernpartei enthielten sich der Stimme. Artikel 2, der die Zustimmung zur endgültigen Fassung des Sachverständigenplanes und zu den Einzelvereinbarungen über die Internationale Bank, die Moratoriumsklausel usw. enthält, wurde mit 261 gegen 173 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen. Der Rest des Gesetzes wurde in einfacher Abstimmung angenommen. Die Artikel 3 und 4 betreffen das deutsch-belgische Markabkommen und die Räumungsamnestie.

Das Reichsbankgesetz, das Reichsbahngesetz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wurden ebenfalls in einfacher Abstimmung angenommen.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen wurde in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 206 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Gegen das Abkommen stimmten ausser den Parteien der Opposition auch verschiedene Abgeordnete des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Das Liquidationsabkommen mit England wurde im Hammelsprung mit 254 gegen 177 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Die übrigen Liquidationsabkommen wurden in einfacher Abstimmung angenommen.

Die gestrige Abstimmung über die Young-Gesetze in 2. Lesung wurde mit sichtlich Spannung im Hause erwartet. Die Abgeordnetenbanken waren so voll besetzt, wie man es selten zu sehen bekommt. 467 Abgeordnete wurden bei der ersten Abstimmung in dieser Sitzung gezählt. Es fehlten also nur 23 Abgeordnete. Bei den späteren Abstimmungen variierte die Zahl etwas.

Den entscheidenden Abstimmungen gingen zwei Erklärungen voraus, die bereits eine Schätzung des Abstimmungsergebnisses zuließen. Der Zentrumssprecher Dr. Brüning betonte, dass das Zentrum bedeutsame Erklärungen zur Finanzfrage erhalten habe, die ihm die Zustimmung zu den Young-Gesetzen ermöglichten. Dies bezog sich auf die Unterredung Brünings mit dem Reichspräsidenten, in der der Reichspräsident betont hatte, dass er „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln“ auf schnelle und rechtzeitige Erledigung der Finanzgesetze hinwirken werde. Dies Einschwenken des Zentrums wurde aber doch wohl noch beschleunigt durch den Hinweis des Reichspräsidenten, dass er bei nur knapper Young-Mehrheit einen zweiten Young-Volksentscheid in Erwägung ziehe. Das Zentrum begriff demnach, was die Stunde geschlagen hatte.

Nicht so die Bayerische Volkspartei. Sie war verschuppt über den preussischen Antrag an den Reichsrat auf Streichung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes. Und um dieser innerpolitischen Differenz willen erklärte sie unter der Einwirkung des gestern in Berlin weilenden Ministerpräsidenten Held —, sich bei den Young-Gesetzen der Stimme zu enthalten. Wahrhaftig eine Groteske. Aber sie konnte sich diese Kireturnspolitik leisten, da ihre Stimmenzahl immerhin nicht so ins Gewicht fiel, dass dadurch die Young-Mehrheit zu knapp geworden wäre.

Es ist bei der Abstimmung über die entscheidenden Young-Gesetze immerhin die staltliche Mehrheit von 89 Stimmen herausgekommen. Vielleicht gelingt es, die Bayern bis zur heutigen Schlussabstimmung noch zu besänftigen. Möglicherweise schwenken auch noch ein paar Outsider der Regierungsparteien um. Es ist also immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die heutige Mehrheit noch staltlicher wird.

Alle Gesetze, die mit dem Young-Plan in Verbindung stehen, haben eine Mehrheit gefunden. Auch das hart umstrittene Polenabkommen. Bei ihm ist allerdings die Mehrheit auf 18 Stimmen zusammengeschrunpft.

Wenn heute der Kampf um die Young-Gesetze erledigt sein wird — steht der Endkampf um die Finanzgesetze

bevor. Sein Ausgang ist noch ungewiss. Immerhin wurde er gestern im Reichstag optimistischer beurteilt. Vor allem wurde bekannt, dass in der Volkspartei, besonders draussen im Lande, die Stimmen stärkeren Nachdruck gewinnen, die die Selbstausschaltungspolitik des Herrn Dr. Scholz nicht weiter mitzumachen gesonnen sind. Zwar heisst es, dass der deutliche Wink des Reichspräsidenten an das Zentrum nicht ganz ohne Zutun des Herrn Dr. Scholz, der sich bester Beziehungen zum Reichspräsidentenpalais erfreut, erfolgt sei, es ist aber andererseits anzunehmen, dass Herr Dr. Scholz seinerseits die Ankündigung des Reichspräsidenten, gegebenenfalls die

Finanzregelung „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln“ zu betreiben, auch nicht unberührt lassen wird. Es steht für die Volkspartei und die hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise vielleicht doch mehr auf dem Spiel, wenn sie sich jetzt selbst ausschaltet, als sie in der Verblendung der letzten Tage erkannt hat. M.-H.

Wie abgestimmt wurde

Drei Volksparteiler nicht für den Young-Plan

Aus den amtlichen Abstimmungslisten ergibt sich, dass sich an der Abstimmung über den Gesetzentwurf über die Haager Konferenz, und zwar über den Artikel 1, der die Zustimmung zum Young-Plan und zur Rheinlandräumung vorsieht,

drei Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht beteiligt

haben, und zwar die Abgg. von Gilsa, Hueck und Königter. Vom Zentrum haben sich die Abgg. Bornefeld-Eltmann und Feilmayr der Stimme enthalten, während der Abgeordnete Dr. Führ-Raden gegen die Young-Gesetze gestimmt hat. Das Abstimmungsergebnis, das zuerst den Anschein erweckte, als ob noch eine grössere Zahl von Mitgliedern der Regierungsparteien der Abstimmung ferngeblieben seien, hat eine Berichtigung erfahren. Es sind tatsächlich 263 Stimmen für den Artikel 1 abgegeben worden. 174 Abgeordnete stimmten dagegen, 25 enthielten sich der Stimme.

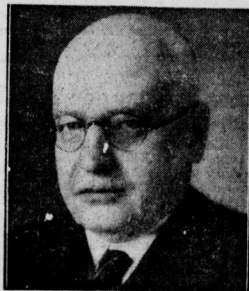
Bei der Abstimmung über das Polen-Abkommen haben sich die Abgg. Becker-Arnberg und Gerig vom Zentrum, die Abgg. von Gilsa und Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei, sowie der Abg. Koch-Weser von den Demokraten nicht beteiligt. Der Stimme enthalten haben sich ausser den Vertretern der Bayerischen Volkspartei zwei volksparteiliche Abgeordnete, nämlich die Abgg. Dr. Becker-Hessen und Cramm, sowie 11 Abgeordnete des Zentrums, nämlich die Abgg. Crone-Münzebrock, Dr. Drees, Feilmayr, Hoffmann-Ludwigshafen, Dr. Klöckner, Dr. Krone, Neyss, Dr. Schreiber, Tremmel, Frau Weber und Wilkens.

Gegen das Polen-Abkommen haben acht Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und 18 Abgeordnete des Zentrums gestimmt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther

Vom Generalrat gewählt

Der Generalrat der Reichsbank wählte einstimmig in seiner gestrigen Sitzung an Stelle des ausscheidenden



Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht den Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther zum Präsidenten des Reichsbankdirektoriums mit Wirkung vom 3. April d. J.,

an welchem Tage die Uebergabe der Amtsgeschäfte stattfindet. Die Bestätigung des Reichspräsidenten für die Wahl des neuen Reichsbankpräsidenten ist nachgesucht worden.

Um Schachts Wahl war einst ein heftiger Kampf. Dass sein Konkurrent Helfferich unterlag, entschied sich erst nach zähem Ringen. Dr. Luthers Name tauchte nach Schachts Rücktritt auf. Kampflös sanken die anderen Kandidatennamen wieder unter, und nun ist Dr. Luther einstimmig vom Generalrat gewählt. An seiner Bestätigung durch den Reichspräsidenten besteht kein Zweifel. Damit ist die Reichsbankpräsidentenkrise beendet, und man darf wohl sagen, befriedigend beendet. Dr. Hans Luther hat als Politiker zwar auch ein paar Eigensinnigkeiten sich geleistet; über eine ist er schliesslich als Reichskanzler geperzelt. Aber es ist zu hoffen, dass er daraus gelernt hat. Jedenfalls hat er Einblick in die staatspolitischen Notwendigkeiten gewonnen in seiner ministeriellen Vergangenheit. Das unterscheidet ihn vorteilhaft von Dr. Schacht, aber auch von den verschiedenen Bankspezialisten, die als Kandidaten für den Posten des Reichsbankpräsidenten noch in Frage gekommen wären. So darf man wohl die Zuversicht haben, dass für die Reichsbank nun eine Aera der ruhigen und sicheren Führung anhebt.

Das Gespräch Hindenburg-Brüning

Der Reichspräsident weist auf die Möglichkeit eines neuen Volksentscheids hin

Ueber die Unterredung, die der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, der Abg. Brüning, am Dienstag vormittag mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg hatte, wird jetzt aus Zentrumskreisen mitgeteilt, dass in dieser Unterredung der Reichspräsident erkennen liess, dass eine Annahme des Young-Plans mit einer nur geringen Mehrheit ihn vor die Frage stellen würde, ob der Young-Plan erneut zum Volksentscheid gestellt werden soll.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion betonte, dass die Zentrumsfraktion aus vaterländischem Verantwortungsbewusstsein unbedingt Sicherheit dafür haben müsse, dass rechtzeitig die Gesetze zur Sicherung der Reichsfinanzen in Kraft treten.

Der Reichspräsident erklärte darauf, dass er von derselben Notwendigkeit überzeugt sei und dass er von allen verfassungsmässigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die rechtzeitige Regelung der Finanzfragen zu verwirklichen.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion gab in einer darauf folgenden Sitzung der Fraktion von dem Inhalt dieser Unterredung mit dem Reichspräsidenten Kenntnis.

Noch immer Bemühungen um die Schölze

Gestern nachmittag fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der vier an den neuen Finanzverhandlungen beteiligten Regierungsparteien statt.

Die Sozialdemokraten brachten noch eine Anzahl von Bedenken gegen das Programm vor, auf das sie sich in ihrer

Fraktionsitzung im einzelnen auch nicht festgelegt hatten, wenn sie auch ähnlich wie die Demokraten die Haltung ihrer Unterhändler gebilligt haben. Da weiter die Bayerische Volkspartei ihre Beratungen bei Beginn der Reichstagsitzung noch nicht beendet und ihre Stellungnahme auf den Abend, also nach der Abstimmung über die Young-Gesetze in zweiter Lesung vertagt hatte, war eine wirkliche Einigung der vier Parteien über das Finanzprogramm ihrer Unterhändler noch nicht erfolgt. Wenn das Zentrum trotzdem in der Lage war, dem Young-Plan zuzustimmen, so sind dafür die Zusagen massgebend gewesen, die sein Fraktionsführer Dr. Brüning vom Reichspräsidenten erhalten hat und auf die er in seiner Erklärung in der Reichstagsitzung deutlich genug anspielte. Sie beziehen sich darauf, dass die erforderlichen Steuergesetze unter allen Umständen rechtzeitig, also bis zum 31. März, durchgesetzt werden sollen. Man darf annehmen, dass nebenher weitere Bemühungen laufen werden,

die Deutsche Volkspartei zur Aufgabe ihrer halben Oppositionsstellung zu bewegen.

Insofern spielten die Vereinbarungen der vier Parteien über das Finanzprogramm in der Tat jetzt nicht mehr die entscheidende Rolle für die Stimmabgabe des Zentrums.

Für 1931 sind Steuersenkungen im Gesamtbetrage von mindestens 600 Millionen Mark besprochen worden, unter der Voraussetzung, dass für weitere 500 Millionen Mark schwebende Schulden konsolidiert werden. Mit den Einkommensteuersenkungen, die schon jetzt gesetzlich festgelegt werden sollen, soll eine Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze und eine Auseinanderziehung der Tarife verbunden werden. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung soll unverändert nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Moldenbauer erfolgen. Von den 600 Millionen Mark Steuersenkungen sollen rund 360 Millionen auf die Einkommensteuer, weitere 240 auf Realsteuern und Kapitalverkehrssteuer entfallen.

Was wollen die Bayern?

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei beschäftigte sich gestern nach der Plenarsitzung von neuem mit der durch die letzten Ereignisse geschaffenen politischen Lage. Sie ist aber noch zu keinem Beschluss darüber gekommen, welche Stellung sie heute in der dritten Lesung zu den Young-Plan-Gesetzen einnehmen wird. Ihre Haltung wird je nachdem, wie sich die Lage inzwischen weiter entwickelt, insbesondere auch in Angelegenheiten der Finanzfragen, sich entscheiden.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei in München schreibt zur Annahme des Young-Planes in zweiter Lesung, die Stellung der Partei zum Finanzprogramm Moldenbauer sei bekannt, ebenso, dass es nicht die Erfüllung der Forderungen bedeute, die die Bayerische Volkspartei zugunsten einer dauernden Sanierung der Reichsfinanzen erheben müsse. Die Bayerische Volkspartei finde also auch bei der dritten Lesung eine Situation vor, die es ihr unmöglich mache, dem Hager Abkommen zuzustimmen.

Danach scheinen die Bayerischen Volksparteiler in Berlin und in München nicht ganz einig zu sein.

Noch Sanktionsbedenken?

Zwischen den Regierungsparteien des Reichstags wurde gestern darüber verhandelt, ob in der heutigen Reichstagsitzung noch gewisse Bedenken einzelner Parteien, namentlich hinsichtlich der Sanktionsfrage, ausdrücklich klargestellt werden sollen. Es blieb noch unentschieden, ob dies durch eine Entschliessung der Regierungsparteien oder durch eine in die heutige Rede des Reichskanzlers aufzunehmende Erklärung geschehen soll.

Die Young-Gesetze in zweiter Lesung

Die gestrige Reichstagsitzung

Präsident Löbe eröffnete die gestrige Reichstagsitzung mit der Mitteilung vom Eintritt des Bartschat (Dem.) in den Reichstag an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Hellpach.

Ohne Debatte wird in dritter Beratung der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag angenommen.

In allen drei Lesungen wird dann der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden angenommen.

Der Wohnungsausschuss beantragt, die Novelle zum Gesetz über den

Geldwertungsangleich bei behauten Grundstücken entgegen dem Einspruch des Reichsrats in der vom Reichstag beschlossenen Fassung nunmehr mit qualifizierter Mehrheit nochmals anzunehmen. Es handelt sich dabei um den Rückfluss aus den Hauszinssteuerhypotheken und um die Verwendung dieser Mittel ausschliesslich für den Wohnungsbau.

Abg. Lipinski (Soz.) erklärt als Berichtersteller, die Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypotheken würden jährlich 120 bis 150 Millionen ergeben, also einen recht erheblichen Betrag, mit dem der Wohnungsbau wesentlich gefördert werden könnte. Der Reichstag habe in der jetzt umstrittenen Novelle die Verwendung dieser Mittel deshalb ausdrücklich festgelegt, weil Preussen aus diesen Mitteln 12½ Millionen für allgemeine Verwaltungszwecke in den Etat eingestellt habe und alle Gemeinden diesem Beispiel gefolgt seien.

Der Einspruch des Reichsrats gegen den Reichstagsbeschluss sei unberechtigt.

weil nach den von den Ländern angenommenen Richtlinien des Arbeitsministeriums die Verwendung der Rückflüsse im Sinne des Reichstagsbeschlusses erfolgen müsse. Abgelehnt werden auch die Ausschussanträge auf Aufrechterhaltung des früheren Reichstagsbeschlusses wird nach längerer Aussprache unter Zurückweisung des Reichsratsesinpruchs

in namentlicher Abstimmung mit 421 gegen 42 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die bei solchen wiederholten Beschlussfassung erforderliche qualifizierte Mehrheit ist damit erreicht.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf ein kommunistischer Antrag auf Festsetzung von Höchstmieten mit 404 gegen 51 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt. Abgelehnt werden auch die sozialdemokratischen Anträge auf Festsetzung der Mieten durch das Reich.

Gegen 4% Ur beginnen die

Abstimmungen über die Young-Gesetze.

Vorher verliest Abg. Dr. Brüning (Zentr.) folgende Erklärung des Zentrums: Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen, insbesondere aber auch durch die heute abgegebenen bedeutsamen Erklärungen nunmehr die feste Gewähr gegeben ist, dass die die Voraussetzung für eine Zustimmung des Zentrums bildende

sofortige Sicherung der Finanzen so erfolgen wird, dass rechtzeitig die erforderlichen Kassenzugänge fliessen, hat sich die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit entschlossen, den vorliegenden Gesetzen aus gesamtpolitischen Erwägungen ihre Zustimmung zu geben (Lärm und Lachen rechts), unter Erneuerung ihres Appells an alle zur Regierung stehenden Parteien, die zur Erreichung der unaufschiebbaren politischen Notwendigkeit der Finanzsanierung erforderlichen Massnahmen auf parlamentarischem Boden zu verwirklichen. (Unruhe rechts.)

Abg. Sücker (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden die nationalsozialistischen Anträge ablehnen, weil es sich dabei um eine imperialistische Demonstration handle.

Unter lauten Aha!-Rufen von rechts tritt dann Abg. Leicht (Bayer. Vp.) an das Rednerpult. Abg. Goebels (Natsoz.) ruft: „Jetzt wird der Young-Plan eingesehnet!“

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) Im Namen der Bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Da durch die neuerliche Entwicklung der Finanzverhandlungen zwar das Was, aber nicht das Wie uns genügend festgelegt erscheint, werden wir uns der Stimme enthalten. (Heiterkeit.)

Ueber das Ergebnis der nun folgenden Abstimmungen ist an anderer Stelle des Blattes berichtet.

Nach 6 Uhr schlägt Präsident Löbe vor, die nächste Sitzung am Mittwoch, 12 Uhr, stattfinden zu lassen und

auf die Tagesordnung die dritte Beratung der Young-Gesetze zu setzen.

Abg. Schmidt-Hannover (Deutschnat. Vp.) beantragt, die dritte Beratung der Young-Gesetze solange zu verschieben, bis durch das Wahlprüfungsgericht endgültig über Annahme oder Ablehnung des Volksentschlusses gegen den Young-Plan entschieden ist. Ein anderes Vorgehen sei rechtswidrig.

Eine Niederlage MacDonalds

Die Regierung mit acht Stimmen in der Minderheit geblieben

LONDON, 11. März.

Im Unterhaus hat die Regierung im Verlauf der Abstimmungen über die von der Opposition eingebrachten Änderungsanträge zum Bergbaugesetz eine Niederlage erlitten. Die Opposition brachte 282 Stimmen auf gegenüber 274 Stimmen für die Regierung.

Es ist kaum anzunehmen, dass diese einmalige parlamentarische Schlappschlaufe ernsthafte Folgen für die Regierung MacDonalds nach sich ziehen könnte. Wie man aus den jüngsten Auseinandersetzungen um das neue englische Bergbaugesetz entnehmen durfte, hat die Opposition von vornherein nicht die Absicht verfolgt, die Regierung zu stürzen, denn eine Neuwahl des Parlaments würde höchstens zu einer Vermehrung der Stimmen der Arbeiterpartei führen. Beim Bergbaugesetz haben die Liberalen auf Weisung Lloyd Georges eine scharfe Kampfstellung gegen die Regierung eingenommen, wobei sie offensichtlich bemüht sind, MacDonald einen praktischen Beweis dafür zu liefern, dass die Arbeiterregierung ohne freundschaftliche Duldung der Liberalen keine feste

Der Antrag Schmidt-Hannover wird abgelehnt und der Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Spät aufgeklärter Mord

KÖLN, 11. März.

Nach über zwei Jahren wurde jetzt von der Kölner Kriminalpolizei ein Raubmord aufgeklärt, der im Dezember 1928 an dem 67 Jahre alten Landwirt Michael Degen in Waldesch (Kreis Maien), der als Sonderling bekannt war und als sehr reich galt, verübt wurde. Bei den Mördern handelt es sich um einen Mann namens Surjes und zwei Brüder mit Namen Weller. Ob die Raubmörder im Jahre 1928 bei dem alten Sonderling etwas erbeutet, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Wohnung wurde zwar damals ganz auf den Kopf gestellt, doch fanden Abverwandte einige Zeit später 18 000 Mark bares Geld, das der alte Mann unter einem Holzstoss in einem Stall versteckt hatte.

Mehrheit hat. Schon kurz nach der Bildung der Arbeiterregierung hat Lloyd George MacDonald davor gewarnt, sich die Freundschaft der Liberalen zu verschern. Und es scheint, dass diesmal die liberalen Warnungen an MacDonald mit einem Nachdruck betrieben worden sind, der für das politische Programm der Arbeiterregierung nicht ohne Einfluss bleiben kann. Im übrigen wurde bereits kurz vor den Abstimmungen über das Bergbaugesetz darauf hingewiesen, dass die Regierung nicht zurücktreten würde, falls sie bei einer der Abstimmungen in der Minderheit bleiben sollte.

Flottenkonferenz erledigt?

LONDON, 11. März.

Die Paktpolitik ist tot. Amerika hat sich geweigert, an irgendeinem Pakt zur Garantie der französischen Sicherheit teilzunehmen. Nicht einmal ein Konsultativpakt kommt für Amerika in Betracht. Daraufhin hat England die Konsequenzen gezogen, dass es gleichfalls keinen Pakt einschliesslich des Mittelmeeres unterzeichnen kann. Nachdem so die Londoner Konferenz als politische Konferenz zu Ende ist, bleibt ihr nur noch übrig, ein technisches Resultat zu erzielen. Die Konferenz wird somit von jetzt an eine rein technische Konferenz.

Der Kampf gegen den Alkohol

Neue Forderungen zum Schankstätten-Gesetz

Die deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus hielt am Dienstag nachmittag im Reichstagsgebäude eine Pressebesprechung ab, die der Erörterung der alkoholgegnerischen Forderungen zum neuen Gaststättengesetz gewidmet war.

Abg. Sollmann (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratische Partei betrachte den Gesetzentwurf als einen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung des Gastwirtsberufes durch das allmähliche Ausschneiden unverlässiger und unfähiger Elemente. Sie erwarte von einer Verringerung des Angebots eine wenn auch nicht entscheidende, so doch spürbare Verminderung d. Alkoholverbrauchs. Wir erstreben eine alkoholfreie Kultur für die gesamte Jugend. Deshalb setzen wir uns

für ein Schnapsverbot bis zum vollendeten 18. Jahre und ein Verbot sonstiger geistiger Getränke sowie für ein

Nikotinverbot bis zum vollendeten 16. Lebensjahre ein. Das Schankstättengesetz halten wir für unzureichend.

Frau Minister Fraa Weber (Zentr.) wies darauf hin, dass neben den Kindern die Frauen die Hauptleidtragenden des Alkoholismus seien. Daraus ergebe sich das natürliche Interesse der Frauenwelt an einer Gesetzgebung, die dem Alkoholismus begegne, und damit auch das Interesse am Gaststättengesetz.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Abend auf dem Grundstück Schwibbusser Strasse 17. Dort wollte der 21jährige Chauffeur Alfred Dehnrach aus der Ackerstrasse 93 einen Lastkraftwagen in die auf dem Hof befindliche Garage einfahren. Dabei hatte Dehnrach seinen Kopf aus seinem Wagensverriegelung zu weit hinausgestreckt und wurde zwischen Hauspfeiler und Auto festgeklammert. Die Feuerwehr schaffte den Schwerverletzten ins St. Norbert-Krankenhaus, wo Wirbelsäulenbruch und komplizierter Schädelbruch festgestellt wurde.

Der Verkauf der Elektrizitäts-Aktien

Die Magistrats-Vorlage im Stadtparlament angenommen / Keine neue Festspiel-Woche

Im Mittelpunkt der Verhandlungen der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung stand die Verabschiedung der Vorlage über den Verkauf von nominell 18 Millionen Mark der Stadt gehörigen Aktien der Elektrizitätsgesellschaft Südwest an die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen).

Die Vorlage ist von uns eingehend besprochen worden. Die Stadt gewinnt durch den Verkauf flüssige Mittel in Höhe von rund 35 Millionen. Gegen den Verkauf sprachen ausser einigen anderen Rednern, besonders der deutsch-nationale Dr. Steiniger und der Kommunist Schwenc, beide hauptsächlich von dem Gesichtspunkt aus, dass in dem Verkauf der Anlagen des Ueberanges der städtischen Werke in die Hände des Privatkapitals zu sehen sei. Die Deutschenationalen wollten dennoch der Vorlage zustimmen unter der Bedingung der Annahme eines Zu-

satzantrages, durch den verhütet werden sollte, dass das Substanzvermögen der Stadt zu laufenden Ausgaben verwendet wird.

Zunächst wurde namentlich über den deutsch-nationalen Zusatzantrag abgestimmt, wonach von dem finanziellen Gesamtergebnis des Verkaufes nur 3,5 Millionen Mark in den Etat 1930 gestellt werden und der Restbetrag ausschliesslich zur Bestandserhaltung und zur Deckung kurzfristiger Anleihen verwendet werden soll.

Dieser Zusatzantrag wurde mit 139 gegen 55 Stimmen angenommen.

Darauf wurde über die Vorlage selbst mit diesem Zusatzantrag in einfacher Abstimmung abgestimmt und die Vorlage mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag, der verlangt, dass für die Zwecke der dieses Jahr geplanten „Festspielwoche“ städtische Räume und Institutionen sowie Kräfte der städtischen Ober nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Debatte hierüber führte zu heftigen Zusammenstössen zwischen den Kommunisten und

Sozialdemokraten, worauf der Antrag mit grösserer Mehrheit angenommen wurde.

Die Abstimmungen über eine Reihe von kommunistischen und nationalsozialistischen Anträgen, die sämtlich auf die Absetzung des Polizeipräsidenten und seines Vertreters hielten, hatten durchweg ein ablehnendes Ergebnis, wobei sich die beiden Parteien zur grossen Heiterkeit des übrigen Hauses abwechselnd gegenseitig im Stich liessen.

Auch durch einen weiteren von den Nationalsozialisten eingebrachten Antrag war für Humor gesorgt. Sie beklagten sich darin, dass in einer Gemeindeschule in der Schönhauser Allee bei der Uebergangsprüfung für das Sophienlyzeum den jüdischen Mädchen, die alle die Prüfung nicht bestanden hätten, gestattet worden sei, die Prüfung sofort zu wiederholen, den christlichen Mädchen aber nicht.

Mehrere Anträge, die sich gegen Sparmassnahmen des Magistrats in der Wohlfahrtspflege wandten, wurden ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Preussens Wirtschaftsnot

Eine Rede des Handelsministers — Der Weg zur Gesundung

Im preussischen Landtag stand gestern auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Schmidt-Breslau (Wirtsch.) erstattete den Bericht des Hauptausschusses, der eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Wirtschaftlage empfiehlt.

Handelsminister Dr. Schreiber erklärte, die grosse Arbeitslosigkeit sei nicht, wie vielfach angenommen werde, auf die Rationalisierungsmassnahmen in unserer Wirtschaft zurückzuführen, sondern habe ihre Ursache in einer Verminderung der Gütererzeugung. Die Rationalisierung habe erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die deutsche Wirtschaft mit ihrer übermässigen Belastung gegenüber dem Auslande einermässen konkurrenzfähig geblieben sei.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei nicht nur die Besetzung übermässiger und produktionshemmender Steuerbelastungen erforderlich, sondern auch eine Behebung des ausserordentlichen Kapitalmangels, unter dem unsere Wirtschaft leide.

Auf keinen Fall dürfe die Finanzierung unserer Wirtschaft mit ausländischem Kapital in demselben Ausmass wie in den ersten Jahren nach Wiederherstellung unserer Währung betrieben werden. Unter allen Umständen werde es notwendig sein, die Kreditaufnahmen der Kommunen im Ausland zu organisieren.

Die Sparkasseneinlagen hätten im Jahre 1929 einen Zuwachs von 2028 Millionen auf 9116 Millionen Reichsmark erfahren.

Der Zugang bei den Sozialversicherungsanstalten und bei der Privatlebensversicherung habe im vergangenen Jahr 1200 bis 1500 Millionen Reichsmark betragen. In den fünf Monaten von Oktober 1929 bis Februar 1930 seien 2300 Vergleichsverfahren und 4743 Konkurse eröffnet worden gegen 1392 Vergleichsverfahren und 3500 Konkurse in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Entwicklung der Preise zeige eine der rückläufigen Konjunktur entsprechende sinkende Tendenz. Zu einer vollen Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse könnten wir aber erst dann gelangen, wenn wir uns aufrichten, durch ernsthafte Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und insbesondere des Steuerwesens die Erleichterungen zu schaffen, die unsere Wirtschaft im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter allen Umständen braucht.

Abg. Lohmann-Hirschberg (Soz.) betonte, die Erwerbslosenfrage könne erst gelöst werden, wenn der Young-Plan angenommen sei.

Doktor Schacht, der die Erwerbslosen an vollbesetzter Schlemmerstube beschimpft habe, hätte bedenken sollen, dass ein einziges Gedeckel auf jenem Bankett mehr kostete als ein Erwerbsloser nebst Familie für eine ganze Woche erhalte. (Sehr richtig! links.)

Auch die Industrie, die durch ihre rücksichtslose Rationalisierung, trotz der Erklärungen des Ministers, die Hauptschuld an der grossen Erwerbslosigkeit trage, beschimpfte obendrein in ihrem Organ „Der Arbeitergeber“ ihre eigenen Opfer noch auf das genaue. Demgegenüber forderten die Sozialdemokraten den Ausbau der Erwerbslosenversicherung.

Die Aussprache wurde schliesslich abgebrochen. — Die zu Beginn der gestrigen Sitzung abgelehnten Weinbauanträge müssen heute nochmals zur Abstimmung gebracht werden, da ein technisches Missverständnis bei der Abstimmung vorlag.

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch, 12 Uhr; Fortsetzung der Aussprache zum Haushaltshaushalt; Abstimmungen zum Innenhaushalt.

Misstrauensantrag gegen Hirtsiefer

Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags hat gegen den preussischen Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer einen Antrag eingebracht, dem Minister das Vertrauen zu entziehen.

Der Antrag wird begründet mit der Fürsorgeerziehung, wie sie heute unter Leitung des Wohlfahrtsministers in Preussen geübt werde. Die Zöglinge erhielten schlechtes Essen und müssten sich brutale Behandlung gefallen lassen. Der Erlass, der die Prügelstrafe verbietet und den Insassen der Heime ein Beschwerderecht einräumt, wäre nicht durchgeführt. Es werde in den Anstalten weiter geprügelt. Eine Kontrolle der Heime und ihrer Einrichtungen und Erziehungsmethoden finde nicht statt.

Der Antrag soll am 15. März im Plenum besprochen und am 19. März zur Abstimmung gebracht werden.

Auwi hält Reden

HALBERSTADT, 11. März.

Gestern fand hier eine Versammlung des Stahlhelms, Harzgan, statt. Prinz August Wilhelm von Preussen hielt eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte. Er wies auf die durch das Volksbegehren geschaffene neue Kampffront hin, die noch weiterer Kräftigung bedürfe. Es sei zum ersten Mal eine klare Scheidung der Geistesrichtungen und gleichsam eine Karthothek derjenigen entstanden, die für das dritte Deutsche Reich in Frage kommen. Die augenblicklichen Zustände hätten bewiesen, dass Stahlhelmer und Nationalsozialisten zurecht im Reiche als vogelfrei (!) betrachtet seien.

Solange ein Hohenzoller die Freiheit hat, in dieser Weise Reden zu halten und vom „dritten Reich“ zu faseln, kann es mit der Vogelfreiheit für Auwis Burensfreunde nicht weit her sein. Eher könnte man davon reden, dass keine Republik der Welt sich ein ähnliches ungerichtetes Auftreten von Mitgliedern eines ehemaligen Herrscherhauses gefallen liesse!

Nazi-Schiesshelden schwer belastet

Haftbefehl gegen 11 Nationalsozialisten

Der Polizeipräsident teilt mit: Im Anschluss an die gestrige amtliche Veröffentlichung über die Schiesserei in Röntgental werden nachstehende Mitteilungen gegeben:

Die weiteren Ermittlungen haben erneut zu Festnahmen geführt, die sich die Zahl der verhafteten Personen zurecht auf 14 beläuft. Gegen 11 Personen ist inzwischen von dem Amtsgericht Bernau Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts erlassen worden, und zwar gegen den Arbeiter Leo Mergelsberg, Röntgental, Solothurnstrasse 10; Maurer Willi Kukulinsky, Röntgental, Heinststrasse 1; Steinsetzer Willi Schwab, Berlin-Buch, Gutenbergstrasse 15; Anstreicher Alfred Wildies, Röntgental, Triliststrasse 9; Werkzeugmacher Herbert Unruh, Berlin, Uckermarkstrasse 7; Bankbeamten Erich Pankrath, Röntgental, Korkturmstrasse 37; Mechaniker Kurt Wuttke, Berlin-Buch, Bucherau 50; Kaufmann Erich Markwardt, Berlin, Stolpische Strasse 48; Telegraphenarbeiter Heinz Köppler, Berlin-Buch, Kaiser-Friedrich-Strasse 21; arbeitslosen Bautechniker von Zittwitz, Berlin, Prenzlauer Allee 43; Arbeiter Paul Frank, Röntgental, Edelweissstrasse 10.

Drei weitere Personen, nämlich der zurecht arbeitslose Willi Pahl, Karow, Bahnhofstrasse 30, der Schüler Alfred Schlieber, Berlin, Wisbyer Strasse 1, und der zurecht arbeitslose Walter Plettke, Berlin-Buch, Bucherau 17, werden im Laufe des Tages dem Amtsgericht zugeführt werden. Alle 14 Personen gehören ausnahmslos der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und innerhalb dieser auch den bekannten Sturmabteilungen an.

Eine Anzahl von ihnen hat die Beteiligung an dem Zusammenstoss bereits zugegeben,

die anderen dürften durch die getroffenen Erhebungen und Zeugenaussagen der Täterschaft bzw. Mittäterschaft überführt sein. Wenn auch alle Beteiligten bisher bestreiten, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht zu haben, so haben die Nachforschungen jedoch bereits derartig belastendes Material ergeben, dass die Ueberführung zweier Personen schon jetzt als feststehend angesehen werden kann.

Der Krieg im Dunkeln

Spionage-Affäre in Litauen — Schützenbünde als illegale Armee

KOWSO, 11. März.

In Kowno wurde durch die Kriminalpolizei eine anscheinend weit verzweigte Spionage-Organisation innerhalb der litauischen Schützenverbände (Schauli-Sajania) zugunsten Polens aufgedeckt. Bisher sind 15 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Gehilfschef der Defensivabteilung der Schützenverbände. Bei Wilkikas in der Wohnung soll auch gleichzeitig ein polnischer Kurier verhaftet worden sein, der gerade im Begriff war, ihm übergebenes Spionagematerial zu übernehmen.

Die sogenannten „Schützenverbände“ spielen in Litauen eine grosse politische Rolle. Ursprünglich als Abwehrtuppe gegen die bolschewistische Gefahr gedacht, entwickelten sich diese Vereine immer mehr zu einer Art Miliz, die im Kriegsfall der Armee angegliedert werden kann. Bei den andauernd gespannten Beziehungen zwischen Litauen und Polen ist es kein Wunder, wenn sich der polnische Geheimdienst für die organisatorische Entwicklung dieser „Geheimarmee“ interessiert. Polen selbst hat ja den Bandenkrieg zu einem offiziellen politischen Machtmittel gestempelt, indem es die Eroberung Wilnas durch einen eigentümlichen Handstreich des Generals Zeligowski vollziehen liess. Wenn die Litauer nunmehr einen ähnlichen Versuch machen sollten, sich wieder in den Besitz Wilnas zu setzen, so wäre das nur ein würdiges Gegenstück zu den polnischen Eroberungsmethoden.

Die gegenseitige Spionage zwischen Polen und seinen Nachbarn — besonders auch Russland — ist übrigens eine durchaus alltägliche Erscheinung. Deshalb wird in den meisten Oststaaten die Spionage selbst in Friedenszeiten ebenso mit der Todesstrafe bedroht wie die Desertion der

Soldaten ins Ausland. Unter solchen Umständen kann naturgemäss von einem wirklichen Friedenszustand zwischen den östlichen Staaten kaum die Rede sein. Wenn auch ein Vergleich mit dem Balkan etwas übertrieben erscheinen mag, kann man doch feststellen, dass in Ost-europa eine Kriegsspielerlei getrieben wird, wie sie auf dem Balkan kaum schlimmer geübt werden kann.

Kein Bürgerblock

DRESDEN, 11. März.

Die Landtagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei hat zu dem jede Regierung mit der Sozialdemokratie ablehnenden Beschluss der Deutschen Volkspartei Stellung genommen und dabei einstimmig eine Entlassung gefordert, wonach sie mit Bedauern davon Kenntnis nimmt, dass die Deutsche Volkspartei jegliche Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über eine Regierungsbildung ablehnt und damit den einzigen Weg, der zu einer Regierungsbildung auf breiterer Grundlage hätte führen können, versperrt habe. Eine Rekonstruktion des bisherigen Kabinetts unter anderer Leitung würde die Abhängigkeit von den Nationalsozialisten nicht beseitigen und daher, wie der Sturz der Regierung Bürger und die Haltung der Nationalsozialisten in zahlreichen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen bewiesen haben, nicht die Gewähr für eine zur Lösung der dauernd schwierigen Aufgaben befähigten Regierung bilden. Die Fraktion der Demokratischen Partei könne daher den Versuch einer derartigen Regierungsbildung nicht unterstützen.

Haftbefehl gegen den Bürgermeister von Kalkutta. Gegen den Bürgermeister von Kalkutta (Indien) wurde ein Haftbefehl erlassen. Er wird beschuldigt, aufreizende Reden gehalten zu haben.

Die „Berliner Volkszeitung“

erschient täglich zweimal, Sonntags, Festtag u. Montags einmal. Abonnementpreis einjährig 24 Mark, halbjährig 12 Mark, vierteljährig 6 Mark. In Postämtern und Buchhandlungen zu beziehen. Preis 10 Pf. pro Stück. Die Redaktion ist in Berlin, Friedrichstrasse 10, unter der Postnummer 10000. Die Druckerei ist in Berlin, Unter den Eichen 10. Die Redaktion ist in Berlin, Friedrichstrasse 10, unter der Postnummer 10000. Die Druckerei ist in Berlin, Unter den Eichen 10.

Verantwortliche Redakteure für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller-Haupt, für Gewerbe und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Hildebrandt, für den Inseratenteil: Bruno Schütz. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin, Unter den Eichen 10. Heute: „Illustrierte Film-Zeitung“ 2 Beilagen.

